



## **Bremen und Bremerhaven – auch morgen maritime**

### **Industriestandorte**

#### **1. Industrielle Kompetenz ist Voraussetzung für Wachstum**

Die FDP sieht in der Entwicklung der Industrie in "High Tech" Branchen einen entscheidenden Schlüssel für Wachstumschancen und die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Für die FDP ist die maritime Wirtschaft mit all ihren Teilbereichen ohne Einschränkungen eine "High Tech" Industrie. Ohne den Erhalt und den Ausbau von Kompetenzen und Netzwerken in Schiff-fahrt, Schiffbau und Meerestechnik werden weder Bremen und Bremerhaven noch Deutschland als Ganzes von den maritimen Wachstumschancen profitieren können. Dies gilt nicht nur für Küstenregionen, sondern auch für Binnenländer wie z.B. Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg, in denen viele Unternehmen erfolgreich auf maritimen Märkten tätig sind.

#### **2. Innovation ist Schlüssel zum Erfolg auf globalen Märkten**

Für den Erfolg auf freien Weltmärkten ist es unabdingbar, dass deutsche Unternehmen, auch die der maritimen Wirtschaft, weiter an der Spitze der Innovation und Technologie stehen. Die FDP begrüßt daher die Erhöhung der Mittel im neuen Forschungsprogramm „Maritime Technologien der nächsten Generation“ von 90 Mio. € auf 150 Mio. € für den Zeitraum 2011 bis 2015. Das ist ein Plus von 70% gegenüber dem alten Programm und kann vor allem den mittelständischen Unternehmen der Branche helfen, ihre innovativen Ideen schneller umzusetzen. Die FDP setzt sich für die Pflege und den Aus-bau der international konkurrenzfähigen Ausbildungs- und Forschungsinfrastruktur in maritimen Feldern ein.

#### **3. Das Ziel: Gleiche marktwirtschaftliche Spielregeln ohne Staatseinfluss weltweit**

Die FDP erkennt, dass die maritime Industrie auch für viele aufstrebende Länder vor allem Asiens von strategischer Bedeutung ist und dort mit erheblichem Staatseinfluss aufgebaut und unterstützt wurde und nach wie vor wird. In maritimen Märkten herrschen daher oft keine fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen Unternehmen, sondern verschiedenste Formen von staatlicher Unterstützung auf unterschiedlichem Niveau. Die FDP ist, besonders in der aktuellen Phase der Regeneration der Weltwirtschaft nach den Folgen der jüngsten Finanzkrise, besorgt über die Auswirkungen ausländischer staatlicher Markteingriffe für die deutsche maritime Wirtschaft, die aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit und innovativen Technologie in ungestörten Märkten gute Wettbewerbschancen hat.

Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass die Blockadestrategie einiger asiatischer Staaten in internationalen Verhandlungen nicht hingenommen wird, sondern dass die Bundesregierung, und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch die Landesregierung der Freien Hansestadt Bremen, in allen europäischen und internationalen Gremien mit ihrem ganzen Gewicht aktiv

für eine Beseitigung staatlicher Markteingriffe arbeiten. Dazu gehört auch die hartnäckige Weiterführung der Bemühungen, auf der Ebene der Welthandelsorganisation WTO sowie der OECD, aber auch in bilateralen Verhandlungen, zu einheitlichen Spielregeln für fairen und freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb ohne staatliche Eingriffe und Unterstützung zu kommen.

#### **4. Der Weg: Eigene Interessen durchsetzen – mit liberalem Kompass**

Die FDP weiß aber auch um die Schwierigkeit und Langwierigkeit solcher Verhandlungen. Sie sieht die Gefahr, dass wichtige Teile der maritimen Wirtschaft in Europa und Deutschland angesichts der massiven Unterstützung chinesischer und koreanischer Unternehmen aus Haushaltsmitteln oder durch staatlich garantierte Kredite bereits vor dem Erreichen von gleichen Wettbewerbsbedingungen ihr Geschäft aufgeben oder nach Asien verlagern müssen und damit auch eine kritische Masse in dieser Zukunftsbranche unterschritten werden kann, wenn eine wirksame Verteidigung und Flankierung durch die EU und die deutsche Regierung ausbleibt.

Die FDP will dabei keinen Rückfall in einen projektbezogenen Subventionswettlauf, aber eine wehr-hafte Verteidigung deutscher und europäischer maritimer Kompetenz und Interessen. Sie befürwortet eine pro-aktive nationale maritime Koordinierung aller für die maritime Wirtschaft relevanten Politikfelder in Bund und Ländern, sowie dass sich die Landes- und die Bundesregierung an vorderster Front in der EU um die Ausgestaltung von gemeinsamen Handlungsrahmen für den Sektor einsetzen und aktiv alle im Rahmen der EU bzw. der OECD zulässigen Unterstützungsmöglichkeiten ausschöpfen, einschließlich der Prüfung der Möglichkeit eventueller Sanktionen für Güter und Leistungen aus Ländern, die ihre Industrie nachweislich unterstützen. Weiterhin befürwortet die FDP, dass sich Deutschland im Rahmen der International Maritime Organisation (IMO) nachhaltig für eine Modernisierung von Sicherheits- und Umweltstandards einsetzt, um die Vorzüge europäischer und deutscher Technologie besser und früher zum Tragen zu bringen.

Die FDP sieht die deutschen Landesregierungen sowie die Bundesregierung in der Verantwortung, bei maritimen Projekten, die überwiegend durch deutsche Steuergelder oder Verbraucherumlagen (Strom) ermöglicht und finanziert werden, auf eine maßgebliche deutsche Wertschöpfung und eine entsprechende Ausgestaltung der Ausschreibungen zu drängen.

In einer Zeit, in der durch die Folgen der Finanzkrise Kredit- und Bürgschaftsvolumina geringer geworden sind, setzt sich die FDP dafür ein, dass die Landes- und Bundesregierung die für die maritime Branche notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten sorgfältig beobachten und bei unverschuldeten Engpässen sicherstellen, dass Banken in staatlichem Besitz, wie z.B. die KfW und die European Investment Bank (EIB) die entsprechenden Finanzierungswerkzeuge bonitätsabhängig zu Markt-preisen anbieten, wenn das durch private Banken nicht in ausreichendem Umfang geschieht. Weiterhin fordert die FDP, dass die Bundesregierung sich durch ihre Aufsichtsmöglichkeiten im europäischen Rahmen dafür einsetzt, dass die EIB künftig keine asiatischen Dumpingpreisprojekte für europäische Kunden mehr finanziert sondern sich auf die Finanzierung der europäischen Industrie konzentriert.

Bremen und Deutschland insgesamt muss auch in Zukunft ein innovativer maritimer Industriestandort bleiben! Eine marktwirtschaftlich orientierte, intelligente und wehrhafte liberale Industriepolitik muss dazu beitragen!"

### **Begründung:**

Wir Liberale sind aus gutem Grund die Verfechter des Marktes. Der Markt ist der effektivste Innovations- und Regelungsmechanismus. Jeder staatliche Eingriff in dieses sensible System führt zu Beeinträchtigungen. Der Staat und heute auch internationale Staatengemeinschaften sollten sich auf das Aufstellen und Überwachen einheitlicher Spielregeln beschränken.

So lautet die "reine" ordnungspolitische Lehre, die umso leichter umsetzbar ist, je näher die Produkte dem tatsächlichen Angebot eines Wochenmarktes sind. Insbesondere bei Investitionsgütern und technologieintensiven Industrieprodukten sieht die Realität auf dem Weltmarkt jedoch oft ganz anders aus. Aufstrebende Staaten wollen ihre industriellen Fertigkeiten ausbauen, künftige Großmächte definieren strategische Marktanteile als politische Ziele und sichern dies z.B. durch langfristige Rohstoffpolitik ab, fernöstliche Konzerne sind unter staatlicher Protektion und Finanzierung entstanden und investieren strategisch in Großprojekte, oft mit auch für sie ruinösen Preisen und unter Missachtung des geistigen Eigentums, mit der Rückendeckung staatlicher Banken und Institutionen. Asiatische Auftraggeber nötigen europäische Systemhäuser und Zulieferer zur Produktion oder Lizenzvergabe an Betriebe im eigenen Land, setzen "local content" Quoten. Selbst in der EU und in deren Mitgliedstaaten sind staatliche Forschungs- und Innovationsförderung, staatliche Finanzierungen und Bürgschaften, indirekter oder direkter Staatsbesitz "strategischer Unternehmen" sowie Verlustübernahmen für diese durch die öffentliche Hand Alltagswirklichkeit. Es gibt also in etlichen Branchen der Industrie keinen idealen Markt, wie wir Liberalen ihn uns wünschen.

Deshalb müssen wir zu allererst in allen internationalen Gremien für offene Märkte und marktwirtschaftliches Verhalten streiten. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass solche Verhandlungen langwierig und ungewissen Ausgangs sind und dass es Märkte gibt, in denen andere Volkswirtschaften ihre Unternehmen bei aggressiver Expansion massiv unterstützen. Das Verfolgen einer "lupenreinen" Ordnungspolitik ohne gleichzeitige Verteidigung der eigenen Industrieinteressen kann letztlich zum Verschwinden ganzer Sektoren, die sich auf einem ungestörten Markt behaupten könnten, aus Europa führen.

Hier trägt die Bundesregierung und die EU insgesamt eine Verantwortung gegenüber den betroffenen Unternehmen, deren Mitarbeitern und Standortregionen. Speziell im Bereich der maritimen Industrie stünde dies im Widerspruch zu den Aussagen der Bundesregierung zur Wichtigkeit dieser Schlüsselbranche.

Diese Erkenntnis bringt Liberale in die Zwickmühle: Wir plädieren zu Recht gegen Subventionen, die nicht wettbewerbsfähige Produkte und Prozesse am Markt halten. Wir müssen auch die Wettbewerbsvorteile durch niedrigere Lohn- und Sozialkosten in Schwellenländern akzeptieren, zumal diese durch höhere Produktivität teilweise ausgleichen lassen und sich auf lange Sicht weltweit ausnivellieren werden. Andererseits wäre ein bloßes Beklagen in internationalen Gremien wie der WHO oder der OECD, ohne die glaubhaft gezeigte Bereitschaft zum Handeln bei ausbleibendem Verhandlungserfolg,

verantwortungslos, da die strategisch in den Markt eingreifenden Staaten oft auf Zeit spielen oder blockieren. Erfolge am Verhandlungstisch können nur mit einer klaren und wehrhaften eigenen Position erreicht werden, in der Zwischenzeit können flankierende Maßnahmen als "ultima ratio" notwendig sein!

Eine liberale Industriepolitik muss selbstverständlich klar einem liberalen Kompass folgen. In erster Linie ist Wirtschaft die Sache der Unternehmen, deren Manager und Gesellschafter auch die volle Verantwortung für die finanzielle Krisenfestigkeit und eine zukunftsfähige Leistungspalette ihrer Häuser tragen. Der Staat kann überwachen und flankierend unterstützen. Dies allerdings sollte er aber, wo nötig und von gesamtwirtschaftlichem Interesse, aktiv und wirkungsvoll tun, ohne allerdings durch die Maßnahmen selbst einen Subventionswettbewerb und neue Marktstörungen zu erzeugen. Das beginnt mit einer klaren Ansage, dass Staatseinflüsse erkannt sind und mit Widerstand rechnen müssen. Ohne eine klar und wehrhaft international zum Ausdruck gebrachte deutsche Position in Fällen durch staatliche Unterstützung beeinflusster Märkte wird auch die EU nicht geschlossen auftreten, teilweise werden dann auch innerhalb der EU für Deutsche Unternehmen nachteilige ungleiche Randbedingungen aufrechterhalten werden. Deutschland muss für eine konsistente und marktwirtschaftliche Industrie-Politik der EU kämpfen, einschließlich der politischen Vorgaben für die Europäische Entwicklungsbank (EIB).

Der Staat kann und muss bei allen (aus anderem Grund) geplanten Maßnahmen, z.B. im Steuerrecht, immer die Auswirkungen auf die betroffenen Branchen im Blick haben. Ein Negativbeispiel der Vergangenheit ist das Ermöglichen steuer- und abgabenbegünstigter Schiffs-KGs ohne Verpflichtung die Schiffe auch in Europa zu bauen. Die Folgen der Staats-Überschuldung in Korea durch die fast ausschließlich kreditfinanzierte und staatlich garantierte Expansion von Kleinstunternehmen zu multinationalen Konzernen ("Chaebols" wie Samsung, Daewoo, Hyundai etc), die in der Finanzkrise 1997-99 eintraten, wurden mit Hilfe des IWF überwunden, ohne dass das für viele der (nach unserem Verständnis bankrotten) Unternehmen das Ende bedeutet hat. Auch heute haben viele Staaten (insbesondere Korea und China, aber auch Indien, Brasilien und sogar die USA) ihre eigene industriepolitische Agenda und setzen dafür koordiniert eine Vielzahl von Maßnahmen (meist) unterhalb der WTO-Sanktionsschwelle ein.

Wir können also nicht davon ausgehen, dass sich der Kampf um Marktanteile in naher Zukunft nur im Wettbewerb zwischen Unternehmen entscheidet. Industriezweige und -branchen müssen im volkswirtschaftlichen Kontext betrachtet werden und mit den gesamtgesellschaftlichen Zielen im globalen Umfeld in Einklang gebracht bzw. entwickelt werden

Das erklärte Ziel, eine leistungsfähige, innovative Industrielandschaft in Deutschland und Europa sowohl im dargestellten internationalen, volkswirtschaftlichen Kontext und orientiert an einem marktwirtschaftlichen Kompass zu erhalten, ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit und erfordert daher eine klare und realistische liberale Position.